



Inhalt

Einkommensrunde öffentlicher Dienst der Länder

[Tage der Entscheidung – wettbewerbsfähig oder abgehängt?](#)

dbb Tagesspiegel Interview

[Geyer: „Ein Begriff wie Lifestyle-Teilzeit ist total daneben“](#)

Dunkelfeldstudie zu Gewalt

[Schweigen entsteht dort, wo Vertrauen fehlt](#)

Änderung des Behindertengleichstellungsgesetzes (BGG)

[Wagner: „Barrierefreiheit ist kein freiwilliger Zusatz!“](#)

Zweite Runde ergebnislos

[Tarifverhandlungen bei der Autobahn GmbH: Der Ton stimmt, das Angebot nicht](#)

Initiative kulturelle Integration

[„Schreib für Hanau!“-Wettbewerb: Großes Finale in Berlin](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Bayern

[Nachtigall über Besoldung: „Wir brauchen Lösungen, keine Gerichtsverfahren“](#)

Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL)

[Tarifverhandlungen bei der Deutschen Bahn AG: Erstes Angebot liegt vor](#)

Gewerkschaft der Sozialversicherung (GdS)

[Warnstreik-Welle in der AOK-Vergütungsrunde](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb



Einkommensrunde öffentlicher Dienst der Länder Tage der Entscheidung – wettbewerbsfähig oder abgehängt?

„Hier wird über die Wettbewerbsfähigkeit der Länder entschieden“, erklärte dbb-Chef Volker Geyer vor der dritten Verhandlungsrunde in Potsdam.

Die Gewerkschaften fordern für die Beschäftigten der Länder 7 Prozent höhere Einkommen, mindestens 300 Euro. „In dieser Runde wird sich zeigen, ob die Tarifgemeinschaft deutscher Länder ihre Verantwortung ernst nimmt. Ohne Reallohnsteigerung fallen sie auf dem Arbeitsmarkt nicht nur im Vergleich zur Privatwirtschaft, sondern auch gegenüber Bund und Kommunen weiter zurück. Das wäre verheerend für die Nachwuchsgewinnung und die Mitarbeitermotivation“, so der dbb-Verhandlungsführer am 11. Februar 2026.

„Deshalb werden das extrem schwierige Verhandlungen. Uns liegt immer noch kein Angebot vor, lediglich Annäherung in Detailfragen“, erläutert Geyer. „Wir brauchen aber viel mehr: Wir brauchen echte Einkommenssteigerungen und strukturelle Verbesserungen. Da liegen wir noch meilenweit auseinander.“

Die aktuell angespannte Haushaltslage der Länder sei im Übrigen kein überzeugendes Gegenargument. Geyer: „Wir hatten 2025 Steuermehreinnahmen von über fünf Prozent. Haushaltspolitik ist eine Frage der Prioritätensetzung und wer jetzt nicht in die Beschäftigten investiert, wird später einen hohen Preis zahlen. Ein Drittel der Beschäftigten im öffentlichen Dienst geht in den nächsten zehn Jahren in den Ruhestand. Die verpassten Investitionen heute sind also die Mehrausgaben von morgen.“

In den Tagen vor der dritten Verhandlungsrunde hatten zehntausende Beschäftigte den Druck auf die Arbeitgebenden nochmal kräftig erhöht. Über 16.000 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes hatten am 10. Februar alleine in Düsseldorf für höhere Einkommen demonstriert. Der dbb-Chef warnt die Länder eindringlich vor weiteren Blockaden.

„Zu viel Taktiererei und zu wenig politischer Wille“, lautet der Vorwurf des dbb-Bundesvorsitzenden Volker Geyer bei der Großdemonstration an die Adresse der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL). „Unser Land steht vor drängenden Herausforderungen, die größer kaum sein könnten. Innen- und außenpolitisch ebenso wie wirtschafts- und sozialpolitisch. Aber egal, welchen dieser Teilbereiche wir be-

trachten: Nur mit einem starken und gut ausgestatteten öffentlichen Dienst werden wir diese Herausforderungen meistern können. Anstatt symbolische Schlachten über ‚Lifestyleteilzeit‘ oder Verbeamtungen zu führen, muss die Politik endlich die Gegenwart gestalten. Das muss sich endlich auch die TdL klar machen. Noch immer führt man dort die Tarifverhandlungen so, als sei das Ganze ein Gesellschaftsspiel, bei dem der verliert, der sich zuerst bewegt.“ Deshalb stand am Ende seiner Rede vor dem Düsseldorfer Landtag der klare Appell des dbb Chefs: „Morgen wird in Potsdam wieder verhandelt. Dann sollte es direkt konkret und ergebnisorientiert sein. Mit anderen Worten: Wir brauchen ein echtes Angebot, um bis Freitag zu einem Kompromiss zu kommen. Der Countdown läuft!“

Roland Staude, 1. Vorsitzender des DBB NRW, machte bereits bei der Auftaktkundgebung vorm dem NRW-Finanzministerium den Ernst der Lage deutlich: „Ohne konkurrenzfähige Bezahlung verlieren wir die Menschen, die unser Gemeinwesen am Laufen halten. Gute Arbeitsbedingungen sind kein Luxus. Sie sind elementare Voraussetzung für funktionierende Sicherheit und Infrastruktur, Schulen, Kliniken, Finanz- und Justizverwaltungen. Hier steht die TdL in der Verantwortung. Öffentliche Daseinsvorsorge gibt es nicht mit Beschäftigten am Limit, sondern nur mit einer hohen Motivation durch Respekt und gute Entlohnung. Die heutige Demonstration ist ein Signal an die Arbeitgeber, endlich ein verhandlungsfähiges Angebot vorzulegen. Die tausenden Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben eindrucksvoll bewiesen, dass da noch ordentlich Druck auf dem Kessel ist.“

Zeitgleich gingen mehr als 2.200 Beschäftigte in Hamburg gegen die Blockadehaltung der Länder auf die Straße - und manche sprangen sogar in die Elbe. „Wir gehen baden, damit der Norden nicht absäuft“ - so lautete das Motto der Protestaktion des dbb in Hamburg.

„Stellen wir uns einmal vor, es gäbe keinen öffentlichen Dienst“, sagte dbb-Vize Andreas Hemsing in der Hansestadt. „Keine Lehrkräfte würden in den Schulen Bildung vermitteln. Keine Polizei würde auf den Straßen für Si-



cherheit sorgen. Und keine Pflegekräfte würden in den Krankenhäusern für die Menschen da sein. Dieses Gedankenspiel macht klar: Ohne uns geht es nicht! Wir stehen vor enormen Herausforderungen. Uns fehlen mehr als 600.000 Beschäftigte, das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Staates ist auf dem Tiefpunkt. Wir brauchen gute Leute mehr denn je – und die gibt es nur für gutes Geld. Deshalb sind die gewerkschaftlichen Forderungen nach 7 Prozent mehr Einkommen, mindestens jedoch 300 Euro, mehr als gerechtfertigt.“

Thomas Treff, Vorsitzender des dbb hamburg, verwies auf die gestiegenen Lebenshaltungskosten: „Das gilt vor allem für das Leben in der Großstadt“, sagte er. „Die Mieten explodieren nicht erst seit gestern, im Supermarkt liegt für dasselbe Geld immer weniger auf dem Kassenschein. Besonders die unteren Einkommensgruppen brauchen ein kräftiges Plus.“

Kai Tellkamp, Vorsitzender des dbb schleswig-holstein, forderte, die systemgerechte und zeitgleiche Übertragung des Tarifiergebnisses auf die Beamtinnen und Beamten umzusetzen: „Dass Herr Söder ankündigt, die Übertragung erst ein halbes Jahr später umsetzen zu wollen, ohne dass überhaupt ein Tarifiergebnis steht, ist respektlos und ein Ausdruck mangelnder Wertschätzung für den öffentlichen Dienst. Ich hoffe sehr, dass die anderen Landesregierungen sich ihrer Verantwortung bewusst sind.“

Matthäus Fandreyewski, Vorsitzender der dbb jugend, brachte die Perspektive der Nachwuchskräfte ein: „Alle reden immer über Fachkräftemangel, aber reden allein nützt nichts. Wer in Zukunft einen handlungsfähigen Staat will, muss gut bezahlen, denn der öffentliche

Dienst steht in direkter Konkurrenz zur Privatwirtschaft. 200 Euro mehr für Auszubildende und Studierende sollten drin sein. Sonst geht der öffentliche Dienst baden!“

„Trotz Personalmangel an den Schulen, in der Justiz, bei der Inneren Sicherheit, im Bereich des Landesbetriebes für Straßenbau, in den unterschiedlichsten Verwaltungsbereichen oder in den Krankenhäusern ist die TdL nicht bereit, eine Schippe draufzulegen und ein verhandelbares Angebot zu machen“, beklagte Sascha Alles, Vorsitzender des dbb beamtenbund und tarifunion saar, am gleichen Tag vor etwa 1.000 Beschäftigten, die dem Warnstreikaufruf der dbb-Gewerkschaften gefolgt und sich vor der Staatskanzlei in Saarbrücken versammelt hatten. „Das Bestandspersonal wird nicht wertgeschätzt und das Saarland damit weiter abgehängt.“ Alles sieht die Attraktivität des Saarlandes als Arbeitgeber gefährdet. „Die Folgen wären: steigender Frust beim Bestandspersonal, höhere Fluktuation in manchen Bereichen, die dann nicht mehr handlungsfähig wären.“ Er unterstrich: „Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes erwarten in der Einkommensrunde spürbare Verbesserungen: Wir fordern eine Einkommenserhöhung um 7 Prozent, mindestens jedoch 300 Euro.“

Hintergrund:

Von den Verhandlungen mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) sind etwa 3,5 Millionen Beschäftigte betroffen: Direkt ca. 1,1 Millionen Tarifbeschäftigte der Bundesländer (außer Hessen), indirekt ca. 1,4 Millionen Beamtinnen und Beamte der entsprechenden Länder und Kommunen sowie rund eine Million Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger. Alle Informationen unter www.dbb.de/einkommensrunde

dbb Tagesspiegel Interview

Geyer: „Ein Begriff wie Lifestyle-Teilzeit ist total daneben“

Im Interview mit dem „Tagesspiegel“ macht dbb-Chef Volker Geyer klar, dass er von der Politik mehr Wertschätzung für die Beschäftigten erwartet

Mit Blick auf die jüngsten Diskussionen um das Recht auf Teilzeit sagte Geyer der Zeitung: „Die Beschäftigten in Deutschland sind sehr fleißig. Ein Begriff wie ‚Lifestyle-Teilzeit‘ ist deshalb total daneben, und wenn Politiker den Leuten sagen, ihr müsst noch mehr arbeiten und noch mehr arbeiten, dann verkennt das

die Wirklichkeit in den Betrieben und Dienststellen. Wir erwarten einen wertschätzenden Umgang von der Politik und von den Arbeitgebern mit den Beschäftigten.“

Der dbb-Bundesvorsitzende zeigte sich außerdem zuversichtlich, dass die Bundesregierung



bald einen Gesetzentwurf für eine verfassungskonforme Besoldung vorlegt: „Nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes zur Besoldung in Berlin müssen die neuen Parameter im Gesetzentwurf berücksichtigt werden. Ich verlasse mich auf die Zusage des Bundesinnenministers.“ Kritik übte Geyer an den unsachlichen Debatten über die Versorgung: „Für die Pensionsverpflichtungen hätten Bund und Länder konsequent Rückstellungen bilden müssen. Sie sparen ja in der aktiven Phase auch enorme Summen. Das fordern wir seit Jahrzehnten, doch kaum jemand macht das.“

Vor der dritten Runde der Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst der Länder, die am

kommenden Mittwoch in Potsdam beginnt, bekräftigte Geyer erneut: „Für alle Beschäftigte des öffentlichen Dienstes in den Ländern fordern wir sieben Prozent, mindestens 300 Euro monatlich mehr. Angesichts der gestiegenen Lebenshaltungskosten ist die Forderung völlig berechtigt.“ In der Einkommensrunde gehe es auch um grundsätzliche Fragen: „Will man einen funktionierenden öffentlichen Dienst oder will man den nicht? Im Rahmen unserer Bürgerbefragung haben 73 Prozent gesagt, dass sie den Staat nicht mehr für handlungsfähig halten. Vor allem in der Bildung sehen die Menschen großen Handlungsbedarf, es fehlen weit über 100.000 Lehrerinnen und Lehrer“.

Dunkelfeldstudie zu Gewalt Schweigen entsteht dort, wo Vertrauen fehlt

Die neue Studie des BKA zeigt, dass weniger als zehn Prozent der Gewalterfahrungen angezeigt werden. Das hängt auch mit den Kapazitäten des öffentlichen Dienstes zusammen.

dbb-Bundesvorsitzender Volker Geyer betonte am 12. Februar 2026: „Unser Anspruch muss sein, das Dunkelfeld so weit wie möglich zu schließen. Das gelingt nur mit ausreichendem Personal, verlässlichen Strukturen und gezielten Investitionen in die besonders belasteten Bereiche des öffentlichen Dienstes. Überlastete Behörden können kein wirksames Schutznetz sein.“ Es sei gemeinsames Vorgehen auf allen Ebenen notwendig: „Bund, Länder und Kommunen müssen abgestimmt handeln. Schutzräume, Frauenhäuser und Beratungsstellen dürfen nicht von Haushaltslagen abhängen. Sicherheit ist eine Kernaufgabe des Staates.“

Geyer weiter: „Unsere Kolleginnen in Polizei, Justiz, Schulen, sozialen Diensten und Verwaltungen tragen täglich Verantwortung für andere. Sie beraten Betroffene, dokumentieren Verletzungen, führen Verfahren. Gleichzeitig sind viele von ihnen selbst von sexueller Belästigung, Stalking oder partnerschaftlicher Gewalt betroffen. Sie tragen Uniform oder Amtsbezeichnung und erleben dennoch dieselben Grenzverletzungen, die die Studie beschreibt. Das verlangt mehr als warme Worte. Es verlangt Schutzkonzepte, verlässliche psychosoziale Unterstützung und eine klare Haltung der Dienstherren.“

„Jede zweite Frau hat bereits sexuelle Belästigung erlebt. Das muss uns als Gesellschaft beschämen“, machte Milanie Kreutz, stellvertretende dbb-Bundesvorsitzende und Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung deutlich. Die Studie zeige zudem, dass Frauen häufiger und in besonderer Weise von partnerschaftlicher und geschlechtsspezifischer Gewalt betroffen seien, insbesondere bei sexuellen Übergriffen, sexueller Belästigung und Stalking. „Hier wird ein strukturelles Ungleichgewicht sichtbar, das wir nicht relativieren dürfen.“

„Auch das Ausmaß nicht angezeigter Gewalt erschüttert. Wenn 19 von 20 Taten im Verborgenen bleiben, dann stimmt etwas im System nicht. Schweigen entsteht nicht im luftleeren Raum. Es wächst dort, wo Vertrauen fehlt oder Unterstützung nicht leicht zugänglich ist.“ Denn hinter den Zahlen liegen die Geschichten echter Menschen mit den unterschiedlichsten Lebensbiografien. „Sie eint die Erfahrung, dass ihre Grenzen missachtet und ihre Würde verletzt wurde. Sie eint das Gefühl, in einem Moment der Entwürdigung allein gewesen zu sein. Und sie eint leider viel zu oft das Schweigen danach.“

Simone Fleischmann, stellvertretende dbb-Bundesvorsitzende und Präsidentin des Baye-



rischen Lehrerinnen- und Lehrerverbandes forderte mehr Sensibilisierung in der Bildung für das Thema: „Nicht nur Sicherheit und Intervention sind gefragt, sondern auch eine Haltung, die Gewalt ablehnt. Gewaltprävention beginnt nicht erst im Strafrecht, sondern in den Schulen, in der digitalen Bildung, in der Jugendhilfe und in einer verlässlichen sozialen Infrastruktur.“ Diese Institutionen spielen eine tragende Rolle bei der Persönlichkeitsbildung. Gleichzeitig gab Fleischmann zu bedenken, dass auch die Bildungseinrichtungen entsprechende Kapazitäten und Schulungen brauchten. „Diese Investitionen sind allerdings absolut notwendig. In den Schulen sitzt die Gesellschaft von morgen. Wer hier spart, zahlt später einen hohen gesellschaftlichen Preis.“

Kreutz kritisierte zudem die Kommunikation von Bundesfamilienministerin Karin Prien zu der Studie: „Die Familienministerin rückt das Bild von Jungen und Männer, die 'in ihrem Rollenverständnis so stark verunsichert sind, dass sie zu Gewalt greifen', in den Vordergrund. Dadurch verschiebt sie sich der Fokus erneut weg vom Kern des Problems. Die Studie beschreibt ein strukturelles Gewalt- und Macht-

problem. Sie dokumentiert geschlechtsspezifische Ungleichgewichte, höhere Belastungen und gravierendere Folgen für Frauen. Das muss Maßstab politischer Schlussfolgerungen sein und nichts Anderes.“

Die dbb frauen-Chefin unterstrich: „Wenn für die Familienministerin das Schockierendste an dem Ergebnis ist, dass Männer und Frauen gleichermaßen zu 46 Prozent von psychischer Gewalt in der Partnerschaft betroffen seien, dann stellt sie die Ergebnisse verkürzt und irreführend dar.“ Denn die Studie zeigt für Gewalt innerhalb von Partnerschaften deutliche Unterschiede: 48,7 Prozent der Frauen berichten von psychischer Gewalt, gegenüber 40 Prozent der Männer. Vor allem aber macht die Untersuchung deutlich, dass Frauen eine höhere Inzidenz (Anzahl Gewalthandlungen pro 1.000 Personen) erleben, stärkere Angst empfinden und die Gewalt als schwerwiegender bewerten. „Genau diese Unterschiede sind aber zentral für die Einordnung und dürfen nicht unter den Tisch fallen“, machte Kreutz deutlich. „Wer stattdessen eine vermeintliche Gleichverteilung betont, relativiert die tatsächliche Dimension geschlechtsspezifischer Gewalt.“

Änderung des Behindertengleichstellungsgesetzes (BGG)

Wagner: „Barrierefreiheit ist kein freiwilliger Zusatz!“

Das Kabinett hat Änderungen des Behindertengleichstellungsgesetzes (BGG) beschlossen. Aus Sicht des dbb gibt es noch viel zu tun.

„Die gesetzliche Änderung ist ein erster Schritt auf dem langen Weg, unser Land in allen wichtigen Bereichen barrierefrei zu gestalten“, sagte Maik Wagner, stellvertretender Bundesvorsitzender des dbb, am 12. Februar 2026 in Berlin. „Mit der Novelle des BGG setzt die Bundesregierung ein klares Signal: Barrierefreiheit ist kein freiwilliger Zusatz, sondern eine verbindliche Voraussetzung für gleichberechtigte Teilhabe.“

Das neue Gesetz verpflichtet den Staat, alle Bestandsbauten des Bundes bis 2045 barrierefrei umzubauen. Außerdem rückt es die Verwendung leichter Sprache stärker in den Fokus. Wagner: „Barrierefreiheit bedeutet weit mehr als Fahrgastaufzüge oder behindertengerechte Toiletten. Die Änderungen greifen diesen Gedanken zumindest teilweise auf – etwa mit der stärkeren Nutzung leichter Sprache.“

Die Änderungen betreffen vor allem die Bundesverwaltung, fordern aber auch den privaten

Sektor heraus: Unternehmen müssen künftig angemessene Vorkehrungen treffen, damit ihre Waren und Dienstleistungen für alle zugänglich sind.

Der dbb hat sich früh in das Gesetzgebungsverfahren eingebracht und mit einer Delegation an vorbereitenden Gesprächen beteiligt. Er verbindet mit den beschlossenen Änderungen nicht nur Hoffnung, sondern auch klare Forderungen: „Nach Jahren des Stillstands müsse die Inklusionspolitik wieder Fahrt aufnehmen“, betonte Wagner.

Hierfür will der dbb mit dem 6. dbb forum Inklusion und Teilhabe einen Beitrag leisten. Am 4. und 5. Mai 2026 diskutieren Fachleute in Berlin, unter anderem mit Bundesarbeitsministerin Bärbel Bas (SPD), wie sich die Leistungserbringung aus einer Hand voranbringen und das Bundesteilhabegesetz endlich vollständig umsetzen lässt.



Zweite Runde ergebnislos

Tarifverhandlungen bei der Autobahn GmbH: Der Ton stimmt, das Angebot nicht

dbb-Tarifchef Andreas Hemsing hat deutlich gemacht, dass das „Sondervermögen Infrastruktur“ ohne die Beschäftigten keine Verbesserungen bringt.

Die zweite Runde der Tarifverhandlungen bei der Autobahn GmbH endete am 6. Februar 2026 in Berlin ohne Ergebnis. Andreas Hemsing, Zweiter Vorsitzender und Fachvorstand Tarifpolitik des dbb, würdige im Anschluss das Bemühen der Arbeitgeberin um konstruktive Verhandlungen. „Das Angebot war jedoch insbesondere im Hinblick auf die lineare Erhöhung und die geforderte soziale Komponente deutlich unzureichend. Vorschläge zu verbesserten Zulagen oder kinderbezogenen Zuschlägen allein sind nicht ausreichend“, so der dbb-Verhandlungsführer.

„Wir sind Infrastruktur. Ohne unsere Kolleginnen und Kollegen der Autobahn GmbH kriegen wir die zusätzlichen PS durch das Sondervermögen nicht auf die Straße. Wer Erhaltung,

Sanierung und Ausbau des Autobahnnetzes als zentralen Bestandteil der Infrastruktur in Deutschland ernst nehmen, muss auch in das Personal investieren“, so Hemsing weiter.

Hermann-Josef Siebigtheroth, Bundesvorsitzender der VDSträ. (Fachgewerkschaft der Straßen- und Verkehrsbeschäftigten) und Mitglied der dbb-Verhandlungskommission, stellte klar: „Die Kolleginnen und Kollegen erwarten ein Angebot, das den besonderen Anforderungen und Belastungen ihrer Arbeit gerecht wird. Mehrere tausend Beschäftigte haben das bei einem Warnstreik am 20. Januar 2026 deutlich gemacht. Wir fordern weiterhin 7 Prozent, mindestens 300 Euro und echte Anerkennung in Form einer Krankenzusatzversicherung.“

Initiative kulturelle Integration

„Schreib für Hanau!“-Wettbewerb: Großes Finale in Berlin

Der Opfer des Terrors von Hanau gedenken, ein Zeichen gegen Rassismus setzen – das sind Ziele des Schulwettbewerbs „Schreib für Hanau!“.

Neun Menschen wurden am 19. Februar 2020 bei dem rechtsextremistisch motivierten Anschlag in Hanau getötet, sechs verletzt. Der Schreibwettbewerb für Schülerinnen und Schüler findet jährlich statt, um ein Zeichen gegen Ausgrenzung zu setzen. Die Textbeiträge sollen sich mit Rassismus, Antisemitismus oder anderen Formen von Ausgrenzung befassen. Die Verfasserinnen und Verfasser der besten Beiträge haben eine Einladung nach Berlin erhalten, wo das große Finale des diesjährigen Wettbewerbs am 10. Februar 2026 mit einer Lesung in der Staatsbibliothek gefeiert wurde.

Der dbb-Bundesvorsitzende Volker Geyer sagte: „Klares Zeichen gegen Rassismus und für Vielfalt! Wir sind alle aufgerufen, uns gemeinsam jeglicher Form von Diskriminierung entgegenzustellen. Dies ist nicht nur unser ge-

werkschaftspolitischer, sondern auch bildungspolitischer Auftrag. Es ist sehr bewegend, dass dieser Wettbewerb auf so große Resonanz gestoßen ist und ich danke allen Schülerinnen und Schülern für ihre Ideen und allen Lehrkräften für ihr Engagement für Vielfalt!“

Simone Fleischmann, Vize des dbb sowie des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE), engagierte sich als Jurymitglied im Wettbewerb und zeigte sich ebenfalls begeistert von der Leistung der Schülerinnen und Schüler: „Gerade in Zeiten zunehmender gesellschaftlicher Polarisierung ist es von allergrößter Bedeutung, die Perspektiven junger Menschen zu verstehen und ihnen eine Plattform zu geben. Ich bin nicht nur den Finalistinnen und Finalisten hier in Berlin, sondern allen teilnehmenden jungen Menschen sehr dankbar für ihre wertvollen Beiträge.“



Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Bayern

Nachtigall über Besoldung: „Wir brauchen Lösungen, keine Gerichtsverfahren“

Die aktuelle Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zur Beamtenbesoldung deutet nach Auswertung von Experten darauf hin, dass auch in Bayern in Teilen der Besoldung eine Verfassungswidrigkeit vorliegen könnte. „Ziel kann es aber nicht sein, die Beschäftigten reihenweise in Klageverfahren zu treiben! Wir suchen den Dialog mit der Staatsregierung“, sagte Rainer Nachtigall, Vorsitzender des Bayerischen Beamtenbundes (BBB). „Wir brauchen Lösungen, keine Gerichtsverfahren!“

„Wir brauchen den öffentlichen Dienst – gerade angesichts aller Herausforderungen, die derzeit auf uns zustürmen“, verdeutlicht der BBB-Chef am 12. Februar 2026. „Und wir brauchen ihn mit all seiner Kompetenz, Leistungsfähigkeit und Motivation! Dann brauchen wir aber auch eine Bezahlung, die die Beschäftigten als fair empfinden!“

65.000 Widersprüche, die eingegangen sind, nachdem im Dezember 2025 die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zu Besoldung der Berliner Beamten vom 17. September 2025 (Az. u. a. 2 BvL 5/18) bekannt wurde, zeugten vom einem fatalen Vertrauensverlust gegenüber dem Dienstherrn. „Das ist keine Grundlage für ein Beschäftigungsverhältnis, das Motivation und Erfolg verspricht“, so Nachtigall.

Die Widersprüche dienen dazu, etwaige auch in Bayern bestehende Ansprüche zumindest für das Jahr 2025 zu sichern. Die Rechtslage,

die von der Rechtsprechung eines halben Jahrhunderts geprägt wird, ist mehr als komplex und verlangt umfangreiche Vergleichsberechnungen mit zahlreichen Variablen. Die Argumentationen sind schwierig und für den einzelnen kaum handhabbar.

Bisher zieht sich die Staatsregierung ohne weitere Grundlage auf die Aussage zurück, in Bayern sei alles in Ordnung. „Das können wir so pauschal und ohne weitere Ausführungen nicht akzeptieren“, sagt der BBB-Vorsitzende. Es könne nicht das Ziel sein, Verwaltung, Gerichte und Beschäftigte mit der Abwicklung dieser unzähligen Verfahren lahmzulegen, oder dem Staat mit überzogenen Forderungen den finanziellen Handlungsspielraum zu nehmen, betont Nachtigall. „Wir suchen einen konstruktiven Dialog mit der Staatsregierung. Wir müssen Probleme identifizieren, Handlungsmöglichkeiten ausloten und praktikable Lösungen finden!“

Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL)

Tarifverhandlungen bei der Deutschen Bahn AG: Erstes Angebot liegt vor

Der GDL-Bundesvorsitzende Mario Reiß hat am 10. Februar 2026 das erste offizielle Angebot der Deutschen Bahn (DB AG) kritisch kommentiert.

„Die DB AG stellt in ihrer Kommunikation eine Erhöhung von insgesamt sechs Prozent in den Raum. Auf dem Papier mag das zunächst nach Bewegung aussehen. Entscheidend ist jedoch die konkrete Ausgestaltung – insbesondere die vorgesehene Laufzeit von zweieinhalb Jahren. In dieser Betrachtung relativiert sich die Zahl deutlich. Wir sprechen hier nicht einmal von einem echten Inflationsausgleich und bewegen uns faktisch unterhalb dessen, was langfristig rentenwirksam spürbar wäre“, so der GDL-Chef.

„Dieses Angebot bildet nun aber die Grundlage für die weiteren Verhandlungstage, die wir nach aktuellem Sachstand und vor Rücksprache mit den Gremien planen, wahrzunehmen. Für uns kommt es jetzt darauf an, die kommenden Verhandlungstage intensiv zu nutzen und an den inhaltlich entscheidenden Punkten nachzuschärfen“, erklärte Reiß. Nur wenn bei Laufzeit, Struktur und Wirkung substantiell nachgebessert würde, könne daraus überhaupt eine tragfähige Basis für einen möglichen Abschluss entstehen.



Die GDL gehe ergebnisorientiert in die nächsten Runden. Reiß: „Unser Maßstab bleibt, die Arbeits- und Lebensbedingungen der Eisenbahner im Kernbetrieb real zu verbessern und der Gefahr von Altersarmut wirksam entgegenzuwirken. Daran wird sich der weitere Verlauf

der Verhandlungen messen lassen müssen. Wir gehen davon aus, dass sich auch die Arbeitgeberseite der besonderen Bedeutung dieser Verhandlungsphase bewusst ist.“

Gewerkschaft der Sozialversicherung (GdS) **Warnstreik-Welle in der AOK-Vergütungsrunde**

In der Vergütungsrunde für die AOK-Tarifbeschäftigten stehen die Zeichen auf Sturm: Nachdem die Arbeitgeber in der ersten Verhandlungsrunde unter fadenscheinigen Argumenten kein Angebot vorgelegt haben, hat die GdS zeitnah massive Warnstreiks eingeleitet.

Im Zeitraum vom 4. bis einschließlich 12. Februar 2026 hat die GdS mit ihrer Warnstreik-Welle nahezu alle Landes-AOKs erfasst. Tausende Beschäftigte haben sich bundesweit an Kundgebungen beteiligt und ein kraftvolles Signal für faire Löhne und Wertschätzung ihrer Arbeit gesetzt.

„Die Resonanz ist überwältigend. Von Nord bis Süd, von Ost bis West – die AOK-Beschäftigten sind geschlossen auf die Straße gegangen. Unsere Kolleginnen und Kollegen zeigen eindrucksvoll, dass sie nicht länger bereit sind, ihre herausragende Arbeit unter Wert zu verkaufen“, erklärt Maik Wagner, GdS-Bundesvorsitzender und dbb-Vize. „Die Arbeitgeberseite muss jetzt endlich Farbe bekennen – die Zeit der Hinhaltetaktik ist vorbei.“

Die GdS bekräftigt ihre Forderungen: Eine Erhöhung der Vergütungen um 7 Prozent beziehungsweise um mindestens 350 Euro monatlich sowie die Anrechnung der Ausbildungsjahre auf die Stufenlaufzeit sind das Mindeste, was den rund 55.000 Tarifbeschäftigten der AOKs zusteht.

Die nächste Verhandlungsrunde mit der Tarifgemeinschaft der AOK (TGAOK) am 17. und 18. Februar in Berlin wird zeigen, ob die Arbeitgeberseite die Botschaft verstanden hat. Die GdS ist jedenfalls bereit, den Druck weiter zu erhöhen, sollte kein faires Angebot auf dem Tisch liegen. „Wir streiken nicht aus Spaß, sondern aus Notwendigkeit. Wer täglich Spitzenleistungen für Millionen Versicherte erbringt, verdient Spitzenbedingungen“, so Wagner abschließend.